

# **„Zum Sprung ansetzen!“**

**Referat anlässlich der  
Delegiertenversammlung  
der BDP Schweiz**

**Vom 25. April 2015**

**Im Fürstenlandsaal**

**in Gossau**

**Samuel Schmid**  
**Alt bundesrat**

## Anrede

Zuerst ein Wort an die Vertreterin vom Bundesrat und an National- und Stände- räte: Ihr müsst ja in Bern heute ein wahnsinniges Chaos haben! Fast jede Woche lese ich von Berufenen für die eidg. Politik, die eigentlich anderes zu tun hätten, aber sich verpflichtet fühlen, den Ruf des Landes zu erhören, um in Bern endlich Ordnung zu machen. „Oh sancta simplicitas!“ Der Volksmund sagt, dass jeder, der glaubt, als Meister vom Himmel gefallen zu sein, auf den Kopf gefallen sein muss – sehen wir dann, wer Recht hat.

Ja, es ist wahr, wir haben nicht wenige Probleme, die anstehen. Die meisten sind aufgeschobene innenpolitische Pendenzen (wenn ich im „Volch“ höre, herrscht die Meinung vor, es sei wegen der „permanenten Stürmereien“), die anderen sind sonst hausgemacht. Trotz allem geht es uns eigentlich gut – wir seien das glücklichste Volk der Welt! - und das sollten wir ob all des Gefechtslärms in den nächsten Monaten nicht vergessen!

\*\*\*

Wir stehen vor Wahlen und Wahlen haben immer etwas Schicksalhaftes – sie zementieren die am Wahltag zum Ausdruck gebrachten Kräfteverhältnisse für vier Jahre („zum Ausdruck gebracht“ heisst immer und vorab: durch **physische Stimmabgabe!**). Selbst vielfältige Mitwirkungs- und Interventionsrechte ändern nichts daran, dass gewählte Parlamentsmitglieder während vier Jahren stellvertretend für uns Bürgerinnen und Bürger entscheiden, lenken, kontrollieren und legiferieren. Sie sind innerhalb der Verfassungsschranken und dem eigenen Gewissen nicht nur frei, sondern sogar angehalten, diese Freiheit zu nutzen. Die Verfassung sagt ausdrücklich, man stimme ohne „Instruktionen“. Die von Politikern gelegentlich angerufenen „Aufträge der Wählerschaft“ oder der sog. „Volkswille“ sind nichts anderes als Argumentationskrücken, die benötigt, resp. missbraucht werden, um eigene Interessen oder politisches Kalkül zu kaschieren. Denn keiner der Gewählten weiss, wer ihn gewählt hat, welchen Auftrag er in

concreto hätte und wie diese Wählerin respektive dieser Wähler in diesem Fall entscheiden würde.

Für die Wahl bleiben mir Kriterien wie die Persönlichkeit der Kandidatin oder des Kandidaten, ihre Glaubwürdig- und Zuverlässigkeit, ihre Fähigkeit zu einem unabhängigen Urteil sowie ihre Lebensauffassung. Wer überlegt, wählt für diese vier Jahre weder eine Ideologie noch direkt ein Parteiprogramm. Beides ist untauglich als generelles Auswahl-Kriterium für einzelne Parlamentarier/-innen. Parteiprogramme sind unscharfe PR-Instrumente und zudem permanent nachführungsbedürftig, während vier Jahren sind in unserer schnellen Zeit Sachfragen oft mehrfach neu zu überdenken. Und so wenig wie man den Krieg den Generälen allein überlässt, obliegt die Zukunftsgestaltung allein den Parteiideologen. Ich erwarte als Bürger von **meinen** Parlamentarierinnen und Parlamentariern die Fähigkeit zu eigener politischer „Wertschöpfung“ auf dem Fundament einer mittelständischen, bürgerlichen Lebensauffassung.

Steht also hin, klammert schwierige Themen wie Europa oder die Flüchtlingsproblematik resp. die Migration nicht aus, äussert euch nach reiflicher Überlegung konkret zur Sache und bleibt euch treu, damit man Euch kennt.

Übrigens: Kluge Leute zeigen auch den Mut, Fragen zu stellen oder solche offen zu lassen, denn wer in der heutigen Zeit nur Antworten hat, ist suspekt – zu oft werden die Funken gedanklicher Kurzschlüsse für Geistesblitze gehalten!

## Gliederung

---

Ich trage Gedanken vor zu **drei Themen**, die mich in letzter Zeit mehr und mehr beschäftigten, nämlich:

- Zu **Veränderungen in der Politikultur** unseres Landes,
- zur konkreten **Gefahr des Verlustes unseres Konkordanzsystems**,
- zum **Kraftakt für die BDP für die nächsten Wahlen**.

Ziel der Vermittlung meiner Gedanken ist es, Euch für den Einsatz in diesem Wahlkampf zu motivieren. Sie kämpfen in redlicher Weise für eine gute Sache, selbst wenn Sie sich gelegentlich in einer schiefen Welt zu bewegen glauben.

## 1. Veränderungen in der Politikultur

### a. Politik im Strudel des Marketings

Selbst wenn man sich bewusst ist, dass die Wellen vor Wahlen höher schlagen als üblich, dass nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen ist und dass der politische Wettbewerb immer einen gewissen Unterhaltungswert hatte, glaube ich doch, dass man seit einigen Jahren Signale feststellen kann, die erstaunen und – wen wundert's – auch bedenkliche Deutungen zulassen.

Beginnen wir mit der **Werbung, den Werbeberatern** und damit beim **Geld**. Geld spielt – ich bin eigentlich erstaunt, dass das nicht mehr thematisiert wird und man sich immer noch vornehm zurückhält, die Offenlegung der Finanzierungen zu fordern – mehr und mehr eine wichtige Rolle. Es hilft Einflüsse zu etablieren oder zu festigen und uns in verschiedenster Hinsicht zu „bewerben“. Für Parteien und politische Ideen wird geworben, wie für ein Konsumprodukt. Die Werbebranche arbeitet bekanntlich mit den ihr eigenen Mitteln: Man holt uns ab, macht uns betroffen oder versucht zu verführen, sie spiegelt uns nicht selten etwas vor, um uns zu beeinflussen. Politiker werden zwar nicht müde, die Reife und Unbestechlichkeit des Volkes zu beschwören, investieren aber trotzdem Millionen in die Werbung und bepflastern unsere Landschaft, als könnte unsere Bevölkerung sich über reine Argumente keine Meinung bilden. Themen sind verkürzt, wenn möglich über Bilder sowie Metaphern und werden repetitiv dargestellt. Nur selten ist es humorvoll und geschickt, in der Regel ist es hart an der Grenze des Zulässigen – und diese Grenze verschiebt sich unentwegt. Von dem Albert Einstein zugeschriebenen Satz „Things must be as simple as possible, **but not simpler**“ gilt immer nur der erste Teil, der Nebensatz verhindert ein "10-sec.-Statement" oder die Metapher und passt damit nicht in unsere Zeit. Im übrigen kennt man ja den Buchtitel des berühmten französischen Werbeberaters Jacques Seguela von 1997: „Ne dites pas à ma mère, que je suis dans la publicité, elle me croit pianiste dans un bordel“.

Ich behaupte nun nicht, dass Werbeaufwand und Produktequalität in umgekehrter Proportionalität zueinander stünden, obwohl die Behauptung wahrscheinlich nicht in allen Fällen so falsch wäre. Aber ich bezweifle, dass man sich dieser Verführung bewusst ist. Im Gegensatz zu Warenwerbung, wo das Produkt angeschrieben werden muss und auch kontrolliert werden kann, gibt es in der Politik nicht einmal eine konsequente Anschreibepflicht, von Kontrolle ist erst recht keine Rede.

Nehmen wir die Werbung in der Politik nicht ernster als im freien Markt und schärfen wir unsere Zweifel dort, wo mit der grossen Kelle angerichtet wird. **Geld spielt in der Politik eine immer grössere Rolle!**

### b. Das Denken korrumpiert die Sprache und die Sprache korrumpiert das Denken

Ja, verschiedene Signale erstaunen und geben zu Bedenken Anlass. Der Sprachgebrauch lässt aufhorchen:

- „sechs der sieben Bundesräte sind Landesverräter“ (Toni Brunner), oder
- die „Classe politique ist korrupt“ (generell);
- die „Verwaltung macht, was sie will“ (generell);
- „der Bundesrat respektiert den Volkswillen nicht“ usw.
- sechs Bundesräte sollte man erschiessen (Präsident der armeefreundlichen Gruppe Giardino, der sich entschuldigen musste),

Die politische Bewirtschaftung von Ressentiments und Verbitterung gehört heute zum Alltag, und – was zu denken gibt – regt kaum mehr auf. Dies ist neu in unserer Politkultur. Die Misstrauenskultur zwischen Bevölkerung und Behörden wird bewusst geschürt, das verändert den Umgang in der politischen Auseinandersetzung. Verliererin ist die Vernunft. Man beginnt nach dem Grundsatz zu leben: „Der Klügere gibt nach. Eine traurige Wahrheit; sie begründet die Weltherrschaft der Dummheit!<sup>1</sup> Viele gute Frauen und Männer werden von der Politik abgehalten.“

---

<sup>1</sup> Marie von Ebner-Eschenbach (1830 – 1916), Aphorisman

### c. „Wo Worte ihre Bedeutung verlieren, verlieren Menschen ihre Freiheit“<sup>2</sup>

Fällt Ihnen nicht auf, dass in den letzten Jahren verschiedene Begriffe, die echt schweizerische Qualitäten beschrieben, negativ belegt oder monopolisiert wurden und uns als Qualitätsbeschrieb abhandeln zu kommen drohen? Besonnenheit, Augenmass, Ausgleich, Respekt, Bescheidenheit, Zuhören und die Kultur des Kompromisses sind Eigenschaften, die man weltweit glaubt in den typischen Schweizern finden zu können. Die Politikultur unseres Landes ist ein Produkt dieser Qualitäten. Allerdings vertragen sich diese schlecht mit dem neuen Politstil der Provokation, der Diffamierung und der Arroganz und des Klotzens mit Geld. Man müsse provozieren, um heute etwas zu erreichen, hört man immer wieder. Ja, noch schlimmer: man müsse Jahr für Jahr noch einen draufsetzen, sonst werde man nicht mehr beachtet. „Wenn ich Neger sage, bleibt die Kamera auf mir“<sup>3</sup> Ist es das wert? Wie erbärmlich muss eine solche Gesellschaft sein! Ich erlebe meine Schweiz nicht so! Der Satz versucht die Strategie der Skandalbewirtschaftung zu legitimieren, die Basis dieses permanenten Wahlkampfes mit unaufhörlichen Kampagnen ist. In den letzten Jahren wurde die Gesellschaft quasi „konditioniert“, und man liess Begriffe negativ belegen, die früher wertfrei oder eher positiv verstanden wurden. Was die Frage aufkommen lässt: Wozu? Ich fürchte, es trägt bereits Früchte! Denn neu ist das nicht!

Der Begriff „Mitte“ ist heute negativ belegt Warum eigentlich. Dabei gibt es einen natürlichen „Drang zur Mitte“<sup>4</sup>. Weshalb ist der Begriff „Kompromiss“ in weiten Kreisen heute verpönt? Genau so wie man vor Jahren von linker Seite her begann, die Eigenschaft „konservativ“ fälschlicherweise als Gegensatz von „fortschrittlich“ zu verwenden, werden seit kurzem von rechts her die Begriffe „mutig und klar“ dem Begriff „lavierende Mitte“<sup>5</sup> oder „Wischiwaschi“ gegenübergestellt oder „bürgerlich“ gar – und das bewusst - als Gegensatz zu „Mitte“ verwendet. Es wird unterstellt, die Mitte sei links. Als ob man nicht auch in der Mitte bürgerlich, mutig und klar operieren könnte! Es gibt die Meinung, dass das Scheitern der Weimarer Republik auf den Zerfall der Mitte zurückzuführen sei<sup>6</sup>.

---

<sup>2</sup> Konfuzius

<sup>3</sup> Ueli Maurer als Parteipräsident

<sup>4</sup> „Drang zur Mitte“, „Während die Parteiführungen immer mehr polarisieren, verbleibt die Basis im Zentrum“, Bericht in der Sonntagszeitung vom 19.4.2015, (jedenfalls bei staatspolitischen Fragen, weniger bei Ausländern, Kriminellen und in der Aussenpolitik)

<sup>5</sup> NZZ vom 15. Mai 2010: „Die lavierende Mitte ist das Problem“, Parteipräsident Toni Brunner zur Kritik am regierungskritischen Kurs seiner Partei.

<sup>6</sup> Herfried Münkeler, „Mitte und Mass“, Rowohlt Sept. 2010, S. 208

**„Mitte“ heisst vorerst nichts anderes als „nicht extrem“ und hat nichts mit Geometrie zu tun!**

**Ist nicht der Mittelstand die Gesellschaftsschicht, mit der wir uns identifizieren?  
Sind nicht Mass und Vernunft typische Werte des Mittelstandes?**

#### d. Inhaltsmanipulation und Monopolisierung

Das geht jetzt sogar weiter, indem wir Schweizer Bürgerinnen und Bürger unterteilen in „Schweizer“ und andere, denn offenbar wählen „Schweizer“ nur die eine Partei. Ähnlich ergeht es dem Begriff „Schweizer Qualität“. Er wird monopolisiert und für die politische Propaganda genutzt. Sagen Sie nicht, es sei blosser Spielerei: Sprache korrumpiert das Denken!

#### e. Lassen wir uns nicht beirren...

Eine Entwicklung widerspricht der Schweizer Tradition diametral. Wahrscheinlich gäbe es unser Land nicht, wenn man es nicht immer wieder verstanden hätte, Kompromisse zu erarbeiten, Augenmass zu beweisen und auszugleichen, eben die Mitte zu suchen.:

- weder „Mitte“, noch „Kompromisse“, noch „konservativ“ oder „Offenheit“ sind etwas Schlechtes!
- Wir stehen zum Mittelstand und befürworten einen schlanken, funktionsfähigen, sozialen Staat, ein unabhängiges und neutrales Land,
- Wir argumentieren mit bürgerlichen Standpunkten und helfen, Probleme Lösungen zuzuführen; unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nützen nur brauchbare und mehrheitsfähige Entscheide etwas.
- Eine brauchbare Lösung zur Zeit ist nützlicher als eine scheinbar (für eine Seite) ideale Lösung zu spät.

Wenn kolportiert wird, in der Mitte sei ja nichts klar, ist das gelogen. Hüben und drüben ist alles immer so klar, wie man es haben will oder sagen kann. Es fällt nicht schwer, mit Beispielen darzutun, dass die sogenannten klaren Positionen häufig alles andere als klar sind.

Mit anderen Worten vermag grosser Werbeaufwand die Qualität des Produkts nicht besser zu machen als es ist. Es ist zudem auch Teil des Marketings, die Dinge schlechter zu reden als sie sind.

Die Koalition der Vernunft braucht sich im übrigen nicht zu verstecken. Einiges steht zweifellos an, das Verhältnis zu Europa ist „verkorkst“ (nicht wegen der „Mitte“) und man scheint diesen Knoten nicht ohne Risiken lösen zu können, aber vieles ist in den letzten Jahren erledigt oder vorangebracht worden! Nicht anders als früher. Wer behauptet, der Bundesrat verwalte nur noch, während man früher regiert habe, nimmt das Geschehen nur selektiv wahr und ist vergesslich. Volk, Bundesrat und Parlamentsmehrheit dürfen für sich in Anspruch nehmen, in den vergangenen Jahren auch einiges realisiert zu haben. Trotz Wirtschaftskrisen konnte man Schulden abbauen, schwierige Auseinandersetzungen in Steuerfragen wurden dank immensem Einsatz unserer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlimpf weitgehend gelöst, es darf durchaus auch unterstrichen werden, dass gewaltige Infrastrukturbauten kurz vor der Vollendung stehen, dass die Bildung gefördert wird, die Volkswirtschaft weiter an Konkurrenzfähigkeit gewonnen hat, dass man immer noch das Glück hat, in einem der leistungsfähigsten Gesundheitssystemen zu leben, dass man immer noch bilaterale Verträge hat, die doch der Schweizer Wirtschaft erlauben, mit Europa konfliktfrei im täglichen Geschäftsverkehr zu stehen u.v.a.m. Wir sind scheinbar das glücklichste Volk der Welt! Setzen wir das alles nicht auf's Spiel!

Natürlich ist noch viel zu tun. Aber wem das Wohl des Volkes wirklich am Herzen liegt, der würde besser konstruktiv an tragbaren Lösungen arbeiten, als diese aus taktischen Gründen zu hintertreiben.

Die Veränderung des politischen Klimas, insbesondere die Gefährdung der traditionellen Schweizer Werte in der Politik müsste eigentlich den Mittelstand aufrütteln lassen.

#### **f. Kann eine Flügelpartei zugleich auch eine echte Mittelstandspartei sein?**

Ich glaube nicht. Der Mittelstand braucht eine politische Kraft, die aus der Position der konstruktiven Mitte operiert. Mittelstand wird zugegebenermassen verschieden definiert. Unbestritten dürfte aber sein, dass Mittelstand mehr ist als die Zuordnung zu einer



Vermögensschicht. Es ist eine eigentliche Lebenseinstellung, allerdings primär basierend auf den Interessen der klassischen Schweizer Familie, sicher nicht der finanziellen Oberschicht,

man will

- gerechten Lohn für gute Arbeit, man zeigt auch Leistungsbereitschaft,
- einen starken subsidiären Staat mit sozialer Komponente für echt Bedürftige,
- die Eigenverantwortung der Bürgerschaft,
- Sicherheit,
- Chancengleichheit sowie
- Zeitgerecht vernunftgeprägte Lösungen und
- Geordnete Verhältnisse mit Europa, insbesondere den umliegenden Ländern – ich verstehe darunter insbesondere den Fortbestand der bilateralen Verträge.  
Das ist ein weites Feld, um Details zu besprechen bin ich seit Jahren zu weit von den massgebenden Informationen entfernt. Ratschläge zu erteilen, steht mir nicht an. Nur ein Hinweis: klammert diese Themen im Wahlkampf nicht aus – auch Europa nicht!

## 2. Konkordanz

Und damit komme ich zum zweiten Teil. Ziel dieser Wahlen ist der Gewinn von Sitzen in beiden Kammern. Damit wird auch die darauffolgende Bundesratswahl präjudiziert. Das ist lapidar, das ist lapidar, dahinter steckt aber eine ungeheure Arbeit:

### a. Auch hier wird das Umfeld vorbereitet: vorab zelebriert man die Vergesslichkeit und schießt eine Nebelpetarde nach der anderen

Ich staune immer wieder, wie Tatsachen ausgeblendet werden und die Realität nur mehr selektiv wahrgenommen wird. Dass vor Wahlen tonnenweise Kreide gefressen wird, ist eigentlich nicht unüblich. Dass der Wolf im Schafspelz aber kaum einmal demaskiert wird, ist erstaunlich. Ebenso wundersam ist die **Vergesslichkeit**, immer nach der Devise „man muss nach vorne schauen!“

- Da ist einmal die Entstehungsgeschichte der BDP. Man liest immer wieder von der Ungerechtigkeit, dass die wählerstärkste Partei nur einen Bundesrat habe. Dass dem so ist, hat sich die SVP allein selber zuzuschreiben. Sie hatte vor und nach den Wahlen deren zwei.

Dann scheiterte sie am verfassungsmässigen freien Wahlrecht des Parlaments. Diese Wahlfreiheit anerkennt die SVP seither faktisch nicht mehr. In ihren Statuten schliesst sie heute automatisch jede von der Bundesversammlung in den Bundesrat gewählte Person aus der Partei aus, die nicht von der Fraktion vorgeschlagen wurde<sup>7</sup>. Nach dem Ausschluss wird offenbar dann wieder die Herstellung der arithmetischen Konkordanz verlangt. Bei einer rein arithmetisch definierten Konkordanz ist das sogar verständlich.

Fakt ist, dass die BDP erst gegründet wurde, nachdem die SVP Schweiz die ganze Kantonalsektion Graubünden aus der Partei und später beide SVP Bundesräte aus der Fraktion ausgeschlossen hatte. Beide SVP Bundesräte waren zu diesem Zeitpunkt länger in der Partei als die Mehrheit der Fraktion.

- Dann kommt die Legende, Schuld an der Zerstrittenheit in unserer Politik sei die Abwahl Blochers. („Der Bruch kam mit Blochers Abwahl“)

---

<sup>7</sup> Art. 9, Abs 3 der Statuten der SVP Schweiz

„Eine Mitgliedschaft in der SVP von Personen, die das Bundesratsamt angenommen haben, ohne von der SVP-Fraktion der eidgenössischen Räte dafür vorgeschlagen worden zu sein, ist nicht möglich.“

Abs. 4

„Bei einer Amtsannahme gemäss Art. 9 Abs. 3 der Statuten der SVP Schweiz erlischt die Mitgliedschaft in der SVP automatisch. Dies gilt sowohl für eine direkte Mitgliedschaft bei der SVP Schweiz wie auch für die Mitgliedschaft in einer SVP Sektion.“

## «Der Bruch kam mit Blochers Abwahl»

*SVP-Fraktionschef Amstutz fordert den zweiten Bundesratssitz für eine bessere bürgerliche Zusammenarbeit*

Trotz der Konfrontation im Bundeshaus ortet SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz ein wachsendes Vertrauen unter den Parteien. In gewissen Fragen seien politische Kompromisse aber unmöglich.

*Drei Viertel der Legislatur sind um. Welche Note erhält die Schweizer Politik? Die Note 3-4.*

*Das ist nicht genügend. Warum? Gewisse Entwicklungen bereiten Sorge. Etwa der überstürzte Entscheid zum Ausstieg aus der Kernenergie und die sogenannte Energiewende, die in der Praxis niemals funktionieren wird. Bevölkerung und Wirtschaft werden das ausbaden müssen. Sorge bereiten auch die Überreglementierung, die exorbitante Personalaufstockung beim Bund, natürlich der schlechende EU-Beitritt sowie die Missstände im Asylwesen.*

*3-4 ist zwar nicht genügend, aber auch nicht verächtlich schlecht. Sehen Sie denn auch positive Entwicklungen? Es gibt Hoffnungsschimmer. So könnte man bei der Asyl- und der Bürgerrechtsrevision gewisse Verbesserungen erzielen. Sie genügen zwar noch nicht, aber immerhin.*

*Welche Note geben Sie der Zusammenarbeit unter den bürgerlichen Parteien? Das kommt darauf an. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik finden wir oft einen Konsens. In EU-Fragen und bei*



*Die grösste innenpolitische Herausforderung der nächsten Jahre ist die Sanierung der Altersvorsorge. Einverstanden? Einverstanden.*

*Sind Sie zuversichtlich, dass die Parteien hier einen Konsens finden werden? Noch bin ich zuversichtlich. Mittlerweile ist es selbst der CVP klar, dass wir die Altersvorsorge sanieren müssen. Im Unterschied zu Alain Berset's Plänen müssen wir aber vorab die Ausgaben in den Griff bekommen. Das heisst: Rentenkater 6565 für Mann und Frau, keine frühzeitigen Pensionierungen mehr, Anpassung des Umwandlungssatzes und so weiter. Erst dann könnte man – wenn überhaupt noch nötig – über Zusatzentnahmen reden.*

*Gegen eine rein ausgabenseitige Reform gäbe es ein Referendum. In der Vergangenheit hat die Linke in solchen Fragen an der Urne mehrmals gewonnen. Die Politik muss den Bürgern endlich reinen Wein einschenken und vor allem auch den Jungen kommunizieren, dass es eine Reform braucht, damit auch ihre Altersvorsorge noch gesichert ist. Die Rentenklau-Lüge der Linken zieht nicht mehr. Jüngere Menschen haben realisiert, dass mit dem heutigen System ihnen selber die Altersrente geklaut wird.*

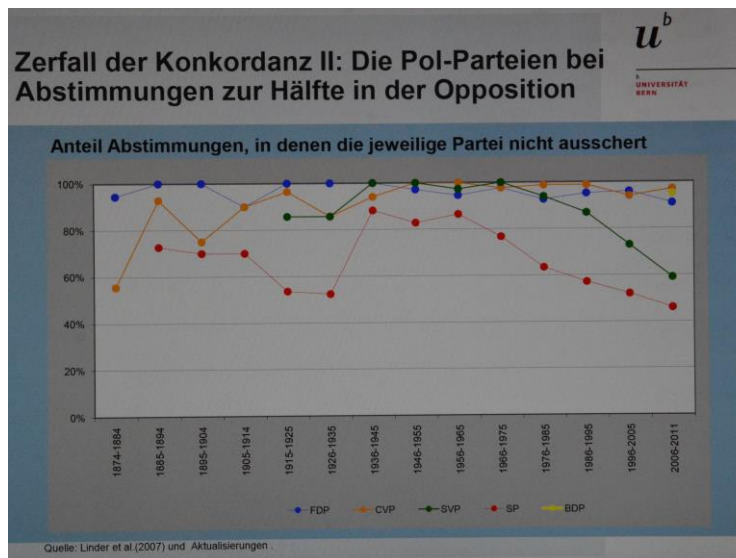
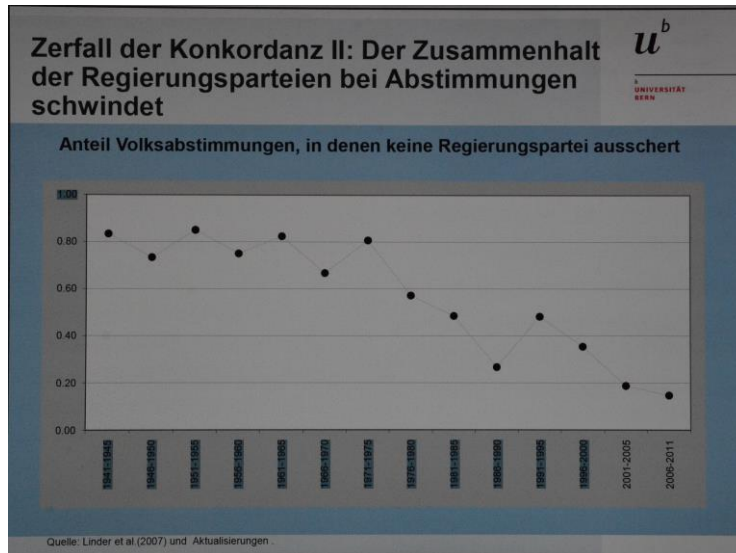
*Sollt solche Dinge zu kommunizieren, spricht die SVP lieber über Ausländer. Das bestreite ich. Wir haben eine Arbeitsgruppe, die sich intensiv mit diesen Fragen beschäftigt und auch die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien*

- Die Fakten ergeben ein anderes Bild:

Vorweg die Bemerkung: Die SVP war während vier Jahren mit zwei Vertretern im Bundesrat. Es wäre mir neu, wenn sie sich in dieser Zeit hätte „einbinden“ lassen. Zum Verhalten generell die nachfolgenden Grafiken (es fing viel früher an!)<sup>9</sup>:

<sup>8</sup> NZZ vom 4.8.2014

<sup>9</sup> Prof. Adrian Vatter, Das schweiz. Konkordanzsystem am Ende, FS 2011



Es geht also nicht darum, die Konkordanz arithmetisch zu „reanimieren“, wie kürzlich geschrieben wurde, primär geht es darum, sie wieder zu leben und dann kann man über Proportionalität sprechen.

Vor den Wahlen gibt man sich plötzlich versöhnlich: man hört von einem Koalitionspapier der bürgerlichen Grossen. Den Wert des Papiers will ich nicht beurteilen. Allerdings erstaunt, dass die wahrscheinlich brennendsten Fragen wie die Neugestaltung des Verhältnisses zu Europa oder die Flüchtlingspolitik ausgeklammert sind. Diese demonstrierte Ei-

nigkeit in Ehren, die beiden kleineren „Koalitionspartner“ sollten sich allerdings die Erfahrung nicht vergessen, dass man durch das Füttern von Krokodilen keine Garantie erhält, erst am Schluss gefressen zu werden<sup>10</sup>.

### Ist Konkordanz reine Arithmetik resp. Proportionalität?

Viel deutlicher als auch schon wird vor dem Hintergrund der Parlamentssitze um die Anteile in der Regierung gekämpft. Und hier zeichnet sich recht konkret das Ende unseres Konkordanzsystems im bisherigen Sinne ab, wenn man nicht endlich dazu kommt, unter Konkordanz mehr als Arithmetik zu verstehen.

Konkordanz heisst eigentlich „Übereinstimmung“<sup>11</sup>

Es ist in unserem Land ein seit langem praktiziertes Erfolgsrezept, alle grossen und konstruktiven politischen Kräfte an der Regierung zu beteiligen, allerdings unter der Voraussetzung eines steten Bemühens um die Suche nach einem grösstmöglichen gemeinsamen Nenner, der die Einheit in der Vielfalt unserer Gesellschaft garantiert. Voraussetzung ist die Konsensfähigkeit aller Beteiligten.

Konkordanz ist kein Verfassungsprinzip, eher ein Prinzip der Regierungszusammenarbeit in einem kleinen Land, das zudem aus lauter Minderheiten besteht und zu recht stolz darauf ist, es in seiner Geschichte nach einem langen, zweitweise bitteren Prozess, letztlich zustande gebracht zu haben, diese Minderheiten zu einer stabilen Einheit zu führen und ihnen eine Heimat zu geben. Sie ist ein Mittel, möglichst vielen eine möglichst hohe Freiheit zu gewährleisten und das Volk mit seinen Gestaltungsrechten partizipieren zu lassen. Wir haben in der Schweiz durch die Volksrechte einen **faktischen Konkordanzzwang**.

Wenn sich verschiedenste Kräfte in der Regierung zusammenfinden ist am ehestens gewährleistet, von Anfang an einen grösstmöglichen Konsens zu erarbeiten. Dies ist nötig, weil Referendum und Initiativen mit relativ tiefen Schwellengrenzen sowie ein starker Föderalismus (souveräne Kantone) einseitige oder extreme Lösungen sehr schnell in die

---

<sup>10</sup> Churchill

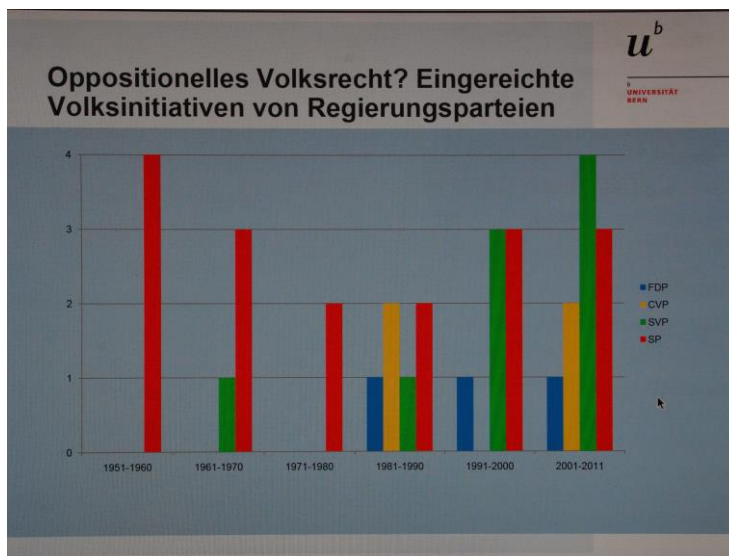
<sup>11</sup> Demokratie, in der die Konflikte mittels Kompromisstechniken des Aushandelns und des gütlichen Einvernehmens geregelt werden und nicht mittels Parteienwettbewerb und Mehrheitsentscheid (Lehmbruch 1967/68, Lijphart 1968, 1977).

Schranken weisen würden. Die Regierung spielt damit eine andere Rolle als das Parlament. Während dieses deutlich in Parteien gegliedert und an sich frei operieren kann, hat die Regierung mit grösserer Distanz zu den Parteien mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten. Grundsätzliche Auseinandersetzungen sind dabei nicht ausgeschlossen, aber sie bewegen sich in einem entwickelten Rechtsstaat, der sich zur sozialen Marktwirtschaft bekennt, in bestimmten Bahnen und Konflikte bricht man nicht leichtfertig vom Zaun. Regierungsbeteiligung geht auch nicht spurlos an den Parteien vorbei. Wenn sie in der Regierung vertreten sind, können auch sie nicht als absolut frei bezeichnet werden. Mindestens die grundsätzlichen Regeln für einen erspriesslichen politischen Diskurs, wie Respekt und Zuhören, sind ebenso zu beachten, wie es unerlässlich ist, das Band zwischen Partei und ihren Regierungsmitgliedern mindestens zu lockern. Sonst ist man in der Opposition – ein Doppelspiel erträgt das System auf die Dauer nicht. Eine proportionale Repräsentanz der ins Parlament gewählten Parteien in der Exekutiven ist durchaus ein Element einer konkordanten Regierung, allerdings ist es nicht das Wichtigste. Weit über 100 Jahre hatte die Schweiz keine „Zauberformel“, die inhaltliche und arithmetische Elemente verband.

- Konkordanz setzt Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit voraus, verlangt Selbstdisziplin der Beteiligten, ja gelegentlich auch Beschränkung bzw. durch Verzicht auf das Ergreifen von Referenden, weil man bereit ist, Brauchbares zur Zeit für unser Volk als wichtiger anzusehen, als subjektiv Perfektes zu spät.
- Die Konkordanz erlaubt durchaus den politischen Disput im Gremium, aber es setzt auch die Kultur und Kraft der Streitbeilegung voraus.
- Konkordanz verlangt grundsätzliche Konsensbereitschaft und dieser bedingt Augenmass.
- Konkordanz bedingt in der Regierung auch eine gewisse Distanz zur Parteipolitik, selbst wenn die politische Herkunft nicht zu verleugnen ist.
- Konkordanz bedingt schliesslich die Bereitschaft zur Disziplin der Vertraulichkeit und auch die Fähigkeit, gelegentlich anderen einen Sieg zu gönnen. Wer auf höchster

Ebene permanent Wahlkampf führt, verhält sich nicht konkordant. Der Einsitz in die Regierung hat den Preis, sich „vom Parteisoldaten“<sup>12</sup> zu lösen!

- Das Auslagern von Problemlösungen faktisch an den Gewalten vorbei (Verfassungsgerichtsbarkeit fehlt!) über Volksinitiativen mit Durchsetzungsinitiativen und einer Initiative, die das Landesrecht vor dem Völkerrecht priorisiert, öffnet einen für unser Land noch nie dagewesenen Pfad.



Das permanente Doppelspiel ist nicht konkordant. Die Initiativenflut gibt zu Recht mehr und mehr zu reden. Es gibt auch einen Missbrauch durch Uebernutzung!

Das führte zum Neujahrsgross des Karrikaturisten Peter Gut:

<sup>12</sup> Zeller in NZZ vom 18/19.4. 2015, S. 1



13

- Die laufende Neuorientierung in der Energiefrage, die vielleicht in einem sanfteren Ausstieg enden kann, wird ein klassisches Turngerät für die Konkordanz sein, wenn eine konstruktive Lösung resultieren soll.

Früchte dieser Konkordanz sind Stabilität und Berechenbarkeit, Arbeitsfriede, Generationenvertrag, Chancengleichheit und das in einer sozialen Marktwirtschaft, in einem liberalen Rechtsstaat.

Dieses System ist in Gefahr; und wenn gelegentlich für den kommenden Herbst von einer Richtungswahl gesprochen wird, dann hat es heute die Bevölkerung in der Hand, Weichen zu stellen. Sowohl links wie rechts gefällt man sich im Doppelspiel von Regierungspartei und Opposition. Bei beiden ist das mindestens ein Grund, um nicht von einem garantierten doppelten Sitzanspruch im Bundesrat zu sprechen. Aus begreiflichen Gründen will man sich das Erfolgsmodell des Doppelspiels von Regierungsbeteiligung und Opposition nicht nehmen lassen.

Das wird auch offenbar in Sätzen wie:

---

<sup>13</sup> NZZ vom 3.1.2015, S. 20, Peter Gut



- „Wir sind für die Konkordanz. Wir sind die stärkste Fraktion und haben deshalb zwei Bundesräte zu gut...“ damit reduziert man Konkordanz auf Proporz.
- Ein Satz wie „Wir sind für eine Mitte-rechts Regierung unter unserer Führung“ zeigt aber, dass man mental die Konkordanz bereits verlassen hat.

So schlecht funktionierte dieses Gremium in den letzten vier Jahren nicht. Auch das Faktische ist ein Argument.

Das Parlament wird bei der Wahl des Bundesrates mehr als den Rechenschieber benutzen müssen. Die Diskussion wurde diesem Umstand bis heute nicht gerecht.

### **3. Nicht nur für uns geht es um viel – für alle!**

Der Aufruf ist kurz: Das Ansetzen zum Sprung ist ein kraftvoller und konzentrierter Vorgang. Halbheiten gibt es nicht! Es zählt nur die abgegebene Stimme und die handschriftlich festgehaltene Listenbezeichnung. Gewinnen können wir, wenn wir uns alle ins Zeug legen und vornehme Zurückhaltung ablegen. Denkt daran, die Mehrheit geht ohne Mobilisation gar nicht stimmen. Ihr müsst die Leute suchen und mit ihnen sprechen, überzeugt und motiviert sie für die BDP.

**Kämpft für die Koalition der Vernunft!**